

Editorial

Autor(en): **Linder, Wolf**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP**

Band (Jahr): **26 (1986)**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Editorial

Einiges ist ins Rutschen gekommen in der einst so stabilen schweizerischen Parteienlandschaft. Nehmen wir doch als erstes das Erscheinungsbild der Parteien im Alltag. Als *Erich Gruner* 1969 die erste Auflage seines Buches über die schweizerischen Parteien veröffentlichte, gab es noch eine Reihe ansehnlicher Parteiblätter. Sie sind heute zu einem grossen Teil verschwunden und haben einer kommerziellen Presse Platz gemacht, die ihren Unterhaltungswert zum geringsten Teil aus den Vorgängen des Bundeshauses und des schweizerischen Parteilebens bezieht. Das hat die Parteien zwar nicht gehindert, sich ein neues Profil zu geben, sich als Volksparteien einzustellen auf die Erfordernisse des Fernseh-Zeitalters. Der interessierte Zaungast schweizerischen Tagesgeschehens wird auch feststellen, dass den Parteien die Fähigkeit zur ideologischen Orientierung und Darstellung ihrer Politik keineswegs abhanden gekommen ist.

Haben aber die Parteien schon einen neuen Platz gefunden in einer Gesellschaft, die sich individualisiert, ihr öffentliches Leben «privatisiert» (*Richard Sennet*), oder zehrt sie nur von Reserven vergangener politischer Kultur? Zumindest dort, wo vom Bürger über den Konsum mediengerechter Politikhäppchen hinaus aktive Teilnahme suggeriert wird, da begegnen die Parteien einigen Schwierigkeiten. Parteisekretäre beklagen sich über zunehmende Überalterung der Aktiven; sie haben Mühe, die Listenplätze bei Gemeindewahlen mit tüchtigen Kandidaten zu füllen. Nicht nur der Stimmabstinent, auch der aktive Bürger ist zunehmend partei-ungebunden, wie die VOX-Analysen aus den letzten zehn Jahren belegen. Volksnähe, Volksverbundenheit der Parteien sind nicht mehr selbstverständlich.

Den Parteien erwächst Konkurrenz. Seit den siebziger Jahren haben sich neue Gruppen und Bewegungen in der Politik formiert: Frauen, Jugendliche, Grüne, Quartier- und Friedensbewegung, aber auch die Nationale Aktion signalisieren ein Protestpotential, das rückwärts- oder vorwärtsgewandt auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Diese neuen Bewegungen behaupten, gerade jene Probleme aufzugreifen, welche die Parteien und die Kanäle der institutionellen Politik verdrängen oder ausfiltern. Neue Bewegungen durchkreuzen nicht nur Agenda und Terminkalender von Regierung und Parlament, sondern grenzen sich teilweise scharf gegenüber den traditionellen Parteien ab: nicht die klassischen Verteilungsprobleme, sondern ideelle Forderungen im Zeichen eines gesellschaftlichen Wertewandels stehen im Mittelpunkt ihres Interesses. Neue Themen, andere Themen werden zum Gegenstand politischer Mobilisierung, wie *Gruner* in seiner Analyse «Der Stimmbürger und die neue Politik» belegt; selektiv, mit andern Mitteln und mit wenig Rücksicht auf institutionelle Kompromisse kämpfen neue Bewegungen um Aufmerksamkeit und Einfluss. Zwei von ihnen, die Grünen und die

Nationale Aktion, haben in jüngster Zeit mit ihren Wahlerfolgen auf kommunaler und Kantonsebene für Aufsehen gesorgt. Betrachtet man die zahlenmässigen Machtverhältnisse, so sind im schweizerischen Parteiengefüge freilich keine grundlegenden Gewichtsverschiebungen zu verzeichnen: die vier Regierungsparteien des Freisinns, der Christlichdemokraten, der Sozialdemokraten und der Schweizerischen Volkspartei vereinigen nach wie vor vier Fünftel der Wählerstimmen. Das Problem scheint auf anderer, qualitativer Ebene zu liegen: die neuen Bewegungen scheinen, wenigstens teilweise, Anliegen, Forderungen und Werthaltungen zu vertreten, die weit über die Gruppe ihrer direkten Anhänger hinaus Anklang finden. Ökologie- und Frauenfragen beispielsweise gelten als Anzeichen eines tiefgreifenden Wertwandels, der quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen geht. Die Parteien vollziehen ihn eher schleppend nach; sie haben schliesslich noch vieles zu bewältigen, nebensächlich, aber nicht nebensächlich, wie es die Tradition des Milizsystems ohne öffentliche Finanzierung verlangt. Der soziale Wandel in der Wählerbevölkerung, die Veränderung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit sind Fragen, mit denen sich die Parteien in den letzten zehn Jahren zunehmend auseinandersetzen mussten. Wie spannungsgeladen solche Neuorientierungen verlaufen, lässt sich an den inneren Richtungskämpfen grosser wie kleiner Parteien ablesen.

Mit dem Jahrbuch 1986 möchten Autoren und Herausgeber einige Momentaufnahmen aus der bewegten Parteienlandschaft vorlegen.

Im ersten Teil «*Parteien im Umbruch*» nimmt *Leonhard Neidhart* zunächst Distanz. Er führt uns vor, welche Rolle die politischen Parteien im schweizerischen Regierungssystem überhaupt spielen und zu spielen haben. Gerade der von Neidhart gewählte Ansatz der Systemanalyse macht deutlich, wie vielfältig die Aufgaben der Parteien sind, und dass deren Erfüllung nicht selbstverständlich ist. Neidharts Einführung in die Grundprobleme und -perspektiven der schweizerischen Parteien folgen *Dominique Joye* und *Ioannis Papadopoulos*. Sie behandeln das Thema der Mobilisierungskraft der Parteien. Ihre Umfrageergebnisse belegen, ähnlich wie die VOX-Analysen, eine Abwendung der Bevölkerung von der traditionellen Parteipolitik und eine Lockerung der Parteibindung. Umgekehrt belegt der Vergleich von Ergebnissen aus den Jahren 1975 und 1985, dass sich die Befragten über die Politik heute besser informiert fühlen und dass Berührungspunkte abgenommen haben.

Wenden wir uns der jüngsten Entwicklung der einzelnen Parteien zu, die, in einer Zeit des Umbruchs, eigentlichen Belastungs- und Zerreissproben ausgesetzt sind. Viele Fallbeispiele illustrieren dies eindrücklich: *Gerhard Schmid* untersucht die Vorgänge, die in Basel-Stadt zur Abspaltung der Demokratisch-sozialen Partei von der Mutterpartei der Sozialdemokraten führte. Dass der Konflikt bis zur Parteispaltung führte, erscheint atypisch und wird von Schmid mit der Sondersituation einer Stadtpartei ohne ausgleichendes «Hinterland» und mit der Rolle der SPB als «Staatspartei» erklärt. Typisch erscheinen hingegen einzelne Elemente der Auseinandersetzung innerhalb der SP, die in den siebziger Jahren wohl als erste einen Umbruch an verschiedenen

sten Fronten zu verkräften hatte: Richtungskämpfe zwischen «linkem» und «rechtem» Flügel, Umlagerung ihrer traditionellen Wählerschicht, Verhältnis zu den Gewerkschaften, Neuorientierung zwischen «Ökonomie» und «Ökologie», sowie die Infragestellung der Rolle als Regierungspartei wären Stichworte aus einer jüngsten, bewegten Parteigeschichte. Hat es da die Christlich Demokratische Volkspartei nicht einfacher, die mit dem Bekenntnis zu religiösen Grundwerten gleichzeitig eine überzeitliche Orientierung und eine Integrationsformel für verschiedenste gesellschaftliche Gruppen und Interessen bereitzustellen vermag? *Urs Altermatt* geht der Frage nach, wie weit die Integration und der Zusammenhalt der CVP zu gemeinsamer politischer Aktion noch möglich ist. So einfach, wie es die Formel suggeriert, ist es nach Altermatts Befunden nicht. Dass aktuelle Auseinandersetzungen auch von historischen Traditionen geprägt sind, belegen *Gabriella Arigoni*, *Paolo Urio* und *Gianreto Ceschi* am Beispiel der Tessiner Freisinnigen. Die Rivalitäten zwischen den Radikalen des Sopraceneri und den Liberalen des Sottoceneri erscheint zwar vordergründig als ein «moderner» Regionalkonflikt, der sich aus unterschiedlichen Wählerschaften und Interessenlagen des politischen Zentrums Bellinzona und der wirtschaftlichen Metropole Lugano erklären lässt. Gleichzeitig belegt aber die Geschichte von Liberalen und Radikalen, dass die «zwei Seelen» des Tessiner Freisinns längst nicht immer im gleichen Takt schlugen. Traditionelle Rivalitäten können weiter schwelen und unter anderen Vorzeichen bei neuen Anlässen wieder ausbrechen: eine Feststellung, die wohl über den Tessinerfall hinausreicht.

Den Kleinparteien stellt sich das Problem der aktiven Anpassung in besonderer Schärfe. Konkordanzsystem und unterschiedliche Kräfteverhältnisse im Föderalismus weisen ihnen ja keine eindeutige Rolle zu. Diese kann schwanken zwischen grundsätzlicher Opposition, konstruktiver Kritik oder gar Beteiligung an der Regierungsmacht. Mehr als für die Grossen ist die Suche nach neuen Wählerschichten für die Kleinparteien stets auch eine Überlebensfrage. Wer auf alten Positionen verharret, wie etwa die PdA, riskiert, von der Bildfläche zu verschwinden. Umgekehrt zeigt das ökologische Umdenken und Umschwenken des Landesrings, dass neue Wähler nicht so ohne weiteres erreichbar sind, ohne die traditionelle Anhängerschaft vor den Kopf zu stossen. Eine überaus spannende Entwicklungsgeschichte legt uns *Roger Blum* am Beispiel der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) vor: gegründet als «revolutionäre Kaderpartei» und Produkt der Studentenbewegung von 1968, haben die Progressiven Organisationen ihre marxistisch-leninistische Ideologie nach und nach völlig abgestreift. Die POCH betrachten sich heute als Teil der neuen sozialen Bewegung und visieren, pluralistisch und pragmatisch, zwei Hauptgruppen an: Frauen und Grüne.

Im zweiten Teil des Buches «*Neue Bewegungen*» gehen wir einzelnen Organisationen nach, die in den letzten zehn Jahren von sich reden gemacht haben. Die Rede ist zunächst von den Frauen, die mit der Anerkennung ihres Stimm- und Wahlrechts im Jahre 1971 die zwar wichtigste, aber eben nur erste Hürde

zur Gleichberechtigung in der Politik genommen haben. Die geringe Präsenz von Frauen in Parlament, Regierung, Gerichten und fast allen weiteren staatlichen Organen sind nur das sichtbarste Zeichen einer Männerdemokratie; tiefer mag gehen, dass viele wichtige Anliegen, die eigene Lebenswelt der Frauen in den politischen Institutionen nicht ohne weiteres zur Geltung zu bringen sind. Der Weg der Frauenbewegungen, über die *Elisabeth Michel-Alder* schreibt, zeigt vieles auf, was auch für andere neue soziale Bewegungen charakteristisch scheint: die Sensibilisierung durch direkte, persönliche Betroffenheit, die auch den Boden für das weitere Engagement und für die Entwicklung einer eigenen, politischen Kultur abgibt, die Vielfalt lockerer Organismen, der Versuch der Entwicklung eines ganz anderen Politikverständnisses. Gleichzeitig wird uns das Dilemma zwischen Vereinnahmung und Abkapselung, zwischen Realität und Gegenwelt, die Unsicherheit auch des kleinen Schrittes auf dem langen Weg vor Augen geführt. *Andreas Auer* und *René Levy* führen uns auf das Gebiet der Quartierpolitik. Protestbewegungen gegen die Aushöhlung und bauliche Zerstörung städtischer Wohnquartiere gab es in allen grösseren Schweizer Städten. Das Quartier der Grottes in Genf ist eines der Beispiele, wo die organisierten Anwohner nicht nur reaktiven Widerstand leisteten, sondern aktiv versuchten, auf die Gestaltung der behördlichen Planung einzuwirken. Dabei stellt sich sofort die Frage des gegenseitigen Umgangs zwischen den «routinierten» Akteuren von Behörden und Parteien auf der einen, sowie den unbekanntem, spontanen und unberechenbaren Quartiergruppen auf der anderen Seite. Nicht alle Bewegungen sind wirklich neu. Bei der Renaissance der Friedensbewegung handelt es sich um neue Blüten, die aus alten Wurzeln hervorgingen: *Ruedi Epple* zeigt dies anhand der bald fünfzigjährigen Geschichte der schweizerischen Friedensorganisationen. Darüber hinaus gibt zu denken, warum gerade «Ein-Thema»-Organisationen, warum auch tabuisierte Probleme keine einzige Utopie hervorzubringen vermögen, sondern im Gegenteil der Zersplitterung und Verzettlung der Kräfte anheimfallen. Während sich die Überfremdungsparteien in der Deutschschweiz als konservative Reaktion auf die Hochkonjunktur in den sechziger Jahren formierten, ist die Genfer-Bewegung der Vigilants weit älter. *François Saint-Ouen* schält aus ihrer fünfzigjährigen Geschichte zwei typische Merkmale heraus. Erstens besitzt die Sammelbewegung von «Volk und Heimat» die Fähigkeit, vorhandene Unzufriedenheit zu kanalisieren und auf einfache Ursachen zurückzuführen. Zweitens ist der Erfolg der Bewegung zyklisch: im Aufschwung mobilisiert sie das Unbehagen bestimmter Bevölkerungsgruppen, während die Integration ihrer Forderungen durch die institutionelle Politik den regelmässigen Abschwung herbeiführt. Damit entfallen, für Saint-Ouen, die Voraussetzungen für einen dauerhaften Erfolg der national-konservativen Bewegungen, obwohl ihr Oppositionspotential dauernd vorhanden ist.

Die beiden letzten Beiträge berühren das Verhältnis zwischen neuen Bewegungen und Parteien. Bereits *Hanspeter Kriesi* (Bewegung in der Schweizer Politik, 1985) und *Erich Gruner* (Der Stimmbürger und die neue Politik,

1983), haben festgestellt, dass Engagement in den neuen Bewegungen und in den traditionellen Parteien sich keineswegs ausschliessen. Im Gegenteil; in den meisten neuen sozialen Bewegungen gibt es viele Aktivisten, die gleichzeitig auch in den Parteien tätig sind. Solchen Personalverbindungen zwischen Altparteien und neuer Politik geht *Urs Paul Engeler* genauer nach. Er kommt zum Schluss, dass ein Grossteil der führenden Träger neuer politischer Bewegungen in den traditionellen Parteien engagiert sind. Diese Doppelstrategie hat zur Erosion an den Rändern der Parteien beigetragen: Parteien wurden offener für das Gedankengut und die Forderungen der neuen politischen Bewegungen, von denen sie sich teils konkurrenziert fühlten. Haben damit soziale Bewegungen die Parteienlandschaft verändert, oder ist es umgekehrt? *Hanspeter Gschwend* untersucht dies am Beispiel der Umweltbewegung. Für den Autor fällt die Bilanz einseitig aus: die etablierten Parteien nehmen grünes Vokabular auf, berücksichtigen jedoch die ökologische Problematik in ihrem Handeln als zweitrangig. Umgekehrt scheint dies zu genügen, um der Bewegung der Grünen kurzfristig den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Im letzten Teil des Jahrbuchs befassen wir uns mit Fragen des institutionellen Wandels. *Matthias Finger* und *Jean Noël Rey* untersuchen den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wertewandel und Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei in Bund und Kantonen. Gesellschaftlicher Wertewandel, so die These, hat Erfolg und Misserfolg entscheidend bestimmt und verlangt auch eine längerfristige Neuorientierung dieser Regierungspartei. Als interessante Frage bleibt, ob sich für andere Regierungsparteien ähnliche Schlüsse und Folgerungen ergäben. Den Parteien wird gemeinhin kein grosser Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse in Regierung und Parlament zugeschrieben. Weder ist die Schweiz ein Parteienstaat, noch spielen Parteien in der Referendumsdemokratie die erste Geige, und in den vorparlamentarischen Verhandlungen können sie weder das politische Gewicht noch den Fachverstand der Wirtschafts- und Berufsverbände in die Waagschale werfen. Vom *Einfluss der Parteien auf die Regierungspolitik* erfährt die Öffentlichkeit nur sporadisch, etwa anlässlich der Wattenwylgespräche. *Peter Hablützel* untersucht, wie es um diesen Einfluss bestellt ist und macht den Versuch, Bedingungen und längerfristige Veränderungen dieser informell organisierten Politikverflechtung auszuloten.

Parteien sind «allzuständige» Organisationen. Es wird von ihnen erwartet, dass sie zu allen Problemen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens Stellung nehmen und aktiv auf die politische Behandlung aller Themen im Sinne ihrer Wählergruppen hinwirken. Können sie das überhaupt? *Hans Peter Hertig* untersucht dies an der Herausforderung durch die neuen Technologien. Der Beitrag illustriert ein Dilemma der Parteien: Gerade weil die «technische» Entwicklung der Informatik oder anderer Technologien grundlegende Umwälzungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zur Folge haben könnte, müsste Technologiepolitik ganz oben auf der Traktandenliste aller Parteien figurieren. Umgekehrt ist die Kapazität der Parteien gerade für solche Fragen beschränkt. Allein werden sie schliesslich das

Muster technisch-industrieller Innovationsschübe kaum umstricken können, dass nämlich die sozialen Folgen und Konsequenzen technischer Innovationen erst dann aufgegriffen werden, wenn ihre Markteinführung erfolgreich abgeschlossen ist.

Den Schluss des Bandes bilden zwei Ausblicke, der eine in die Vergangenheit, der andere in die Zukunft. Der Historiker *Hans Ulrich Jost* warnt uns mit seinem Beitrag über die Parteien im 19. Jahrhundert, deren Bedeutung zu überschätzen. Die kritischen Anmerkungen Josts gegenüber einer Idealisierung des Parteiwesens im 19. Jahrhundert mögen uns vor dem methodologischen Fehler bewahren, aktuelle Schwächen oder Unzulänglichkeiten der Parteien an einem verklärten Bild der Vergangenheit zu messen. Was aber haben wir von Parteien und den neuen politischen Bewegungen in Zukunft zu erwarten? *Hans Peter Kriesi* zieht Erfahrungen aus andern Ländern heran, in denen wir den Dualismus von Parteien und neuen sozialen Bewegungen vorfinden. Was der kluge und distanzierte Beobachter der Schweiz, der Soziologe *Karl Deutsch*, vor rund zehn Jahren formulierte, scheint einzutreffen: die Schweiz befindet sich in einem kritischen Übergang zwischen Erstarrung und Innovation. Modernismus wie Anti-Modernismus bilden darum eine neue Konfliktdimension, die oppositionellen Kräften und damit zum Teil den neuen sozialen Bewegungen Auftrieb verleiht. Umgekehrt verblassen traditionelle Konfliktlinien, von denen die Parteien seit dem 19. Jahrhundert gelebt haben. Von einem Ende der Parteien, so Kriesi, kann deshalb aber keine Rede sein. Gerade in der Schweiz besteht die Möglichkeit, neue Potentiale zu integrieren oder auch neue Allianzen innerhalb des Parteiensystems zu formieren.

Mein Dank gilt allen, die zum Gelingen des Bandes beigetragen haben. *Gerold Schneider*, der die Bibliographie betreut hat, den Herren *Max Haupt* und *Kurt Thönnies* für die pflegliche Herausgabe des äusserlich sanft renovierten Jahrbuchs. Die Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft hat uns auch dieses Jahr mit einem Druckkostenbeitrag unterstützt.

Gerhard Schmid, von dem ich die wohl organisierte Redaktion des Jahrbuchs übernehmen durfte, sowie *Roger Blum* und *Hans Peter Hertig* möchte ich für ihre Mitarbeit herzlich danken. Nicht minder bin ich den Autoren zu Dank verpflichtet. Sie haben gerade von unterschiedlichen beruflichen Beobachtungsposten aus versucht, einiges vom Wandel der Parteien und der Bewegungen in der Schweizer Politik zu orten.

Wolf Linder, Redaktor

Editorial

Il y a du mouvement dans le paysage politique helvétique, autrefois si stable. Voyez l'image que donnent d'eux-mêmes les partis. Lorsqu' *Erich Gruner* publie la première édition de son ouvrage sur les partis politiques suisses en 1969, ces derniers disposent encore d'une presse importante. Elle a aujourd'hui disparu en grande partie pour faire place à une presse commerciale qui ne prête qu'une attention limitée à la vie politique. Cette situation n'a pourtant pas empêché les partis de se forger une nouvelle image plus populaire et plus conforme aux exigences médiatiques, sans pourtant perdre leur rôle idéologique et leur capacité de diffuser leur programme.

Les partis ont-ils vraiment trouvé leur place dans une société où domine l'individualisme et où l'on assiste à une «privatisation» de la vie publique (Richard Sennet), ou survivent-ils seulement sur les réserves d'une culture politique passée? Force est de constater que les partis rencontrent quelque difficulté à susciter la participation active des citoyens. L'effectif des militants se renouvelle peu et les états-majors ont peine à trouver des candidats compétents pour les élections communales. Les citoyens actifs, à l'image des abstentionnistes, sont de moins en moins liés à un parti, comme le confirment les analyses VOX des dix dernières années. L'enracinement populaire des partis politiques n'est plus évident.

Les partis sont soumis à la concurrence de nouveaux groupes et mouvements qui ont fait leur apparition dans les années 70: les femmes, les jeunes, les écologistes, les pacifistes, les mouvements de quartier, mais aussi l'Action nationale, qui réagissent aux changements sociaux. Ces nouveaux mouvements prétendent exprimer les problèmes que les partis et les institutions n'ont pas su ou voulu prendre en charge: ils bousculent l'agenda politique fixé par les autorités tout en se démarquant parfois nettement des partis traditionnels: leurs exigences portent plus sur des valeurs immatérielles que sur les problèmes classiques de redistribution. Comme le montre *Gruner* dans «Le citoyen et la nouvelle politique», la motivation politique porte sur des thèmes nouveaux, différents. Les nouveaux mouvements cherchent à attirer l'attention et à exercer leur influence de manière sélective, avec d'autres moyens et sans égard pour les compromis institutionnels. Les écologistes et l'Action nationale se sont signalés récemment par des succès électoraux aux niveaux communal et cantonal. Mais à vrai dire, si l'on s'en tient aux chiffres, le paysage politique n'a pas connu de modifications fondamentales: les quatre partis gouvernementaux – radicaux, démocrates-chrétiens, socialistes et démocrates du centre – représentent toujours quatre électeurs sur cinq. Le problème se situe à un autre niveau, plus qualitatif: les valeurs et les revendications formulées par ces nouveaux mouvements ont un écho qui, à l'occasion, déborde largement le cadre restreint de leurs adhérents. L'écologie et les questions

féminines par exemple révèlent un changement de valeurs profond qui touche tous les groupes sociaux. Les partis ont peine à suivre, occupés qu'ils sont à bien d'autres tâches et ne disposant que de structures de milice. Le changement social, l'évolution de la vie économique, les limites des capacités d'action de l'Etat sont des questions dont les partis ont dû se préoccuper au cours des dix dernières années et qui ont provoqué des tensions internes dans les grandes comme dans les petites formations.

L'annuaire 1986 présente quelques instantanés de ce paysage politique en mouvement.

Dans la première partie – *les partis face au changement* – Leonhard Neidhart expose les problèmes généraux et les perspectives des partis politiques suisses, leur rôle dans le régime politique. Le point de vue systémique adopté par l'auteur met en évidence la diversité des tâches qui leur incombent et les difficultés qu'ils rencontrent dans leur accomplissement. Dominique Joye et Ioannis Papadopoulos traitent le thème de la capacité mobilisatrice des partis. Les résultats de leur enquête – tout comme les analyses VOX – indiquent un désintérêt des citoyens à l'égard de la politique partisane et traditionnelle et un affaiblissement de l'identification aux partis. Par contre, si l'on compare les données de 1975 et celles de 1985, on constate aujourd'hui une meilleure information de la population et une moindre prévention à l'égard de la politique. Quatre études de cas illustrent la récente évolution des partis et les épreuves auxquelles les confronte le changement. Gerhard Schmid examine les événements qui, à Bâle-Ville ont conduit à la scission du parti social-démocrate d'avec les socialistes. Le conflit qui a provoqué cette rupture apparaît comme le résultat atypique d'une situation où le parti socialiste, exclusivement urbain, n'est pas équilibré par un pôle rural et est identifié à l'appareil d'Etat. Certains éléments de la crise interne ont par contre un caractère plus général: le parti socialiste est le premier à devoir affronter les difficultés sur plusieurs fronts: lutte de tendances entre l'aile «gauche» et l'aile «droite», effritement de son électorat traditionnel, rapports avec les syndicats, difficultés à se situer entre les perspectives «économiques» et «écologiques», mise en question de la participation au gouvernement. Le parti démocrate-chrétien, qui se réfère aux valeurs religieuses tout en visant à intégrer des groupes sociaux et des intérêts très différents, n'a pas toujours la tâche plus facile, comme le montre Urs Altermatt. Les confrontations actuelles ont aussi des origines historiques. Gabriella Arigoni, Paolo Urio et Gianreto Ceschi analysent le cas des radicaux tessinois: les rivalités qui opposent radicaux du Sopra Ceneri et libéraux du Sottoceneri apparaissent à première vue comme un conflit régional de type moderne entre la capitale politique, Bellinzzone, et le centre économique, Lugano. Mais on sait par ailleurs que les deux courants du radicalisme tessinois ont toujours connu une cohabitation difficile. Ainsi les rivalités traditionnelles peuvent se raviver à l'occasion.

Les petits partis sont confrontés à des problèmes d'adaptation particulièrement aigus. Le système de concordance tout comme la diversité des constellations politiques peuvent leur imposer des rôles très différents: opposition de

principe, critique constructive ou même participation gouvernementale. Plus que pour les grands partis, la quête de nouvelles couches d'électeurs est pour eux une question de survie. Celui qui campe sur ses positions, comme le parti du travail, court le risque de disparaître. Mais à l'inverse, la reconversion écologique de l'Alliance des indépendants montre que les tentatives pour conquérir de nouveaux électeurs sont parfois mal comprises de l'électorat traditionnel. *Roger Blum* nous présente l'histoire captivante des Organisations progressistes de Suisse (POCH): fondées en 1968 dans la foulée du mouvement étudiant comme parti révolutionnaire, les Organisations progressistes se sont peu à peu débarrassées de leur idéologie marxiste-léniniste; elles se considèrent aujourd'hui comme partie intégrante du nouveau mouvement social et cherchent à rallier de manière pragmatique en priorité les femmes et les écologistes.

La deuxième partie de l'Annuaire – «*Les nouveaux mouvements*» – est consacrée aux organisations qui ont fait parler d'elles au cours des dix dernières années. Les femmes tout d'abord qui en obtenant le droit de vote en 1971 ont franchi l'obstacle le plus important – mais le premier seulement – sur la voie de l'égalité politique. Leur faible présence au sein des parlements, des gouvernements, des tribunaux et de presque tous les autres organes étatiques est le signe le plus visible du caractère masculin de la démocratie helvétique. Mais plus fondamentalement on peut penser que les institutions politiques négligent des questions importantes pour les femmes. Le cheminement des mouvements féministes, décrit par *Elisabeth Michel-Alder*, illustre bien ce qui paraît caractériser d'autres nouveaux mouvements sociaux: une sensibilisation par le biais d'expériences personnelles qui préparent le terrain pour un engagement plus large et pour l'acquisition d'une culture politique spécifique; la diversité des organisations faiblement structurées; la tentative de développer une tout autre conception de la politique. Ce cheminement met en lumière le dilemme entre participation et repli, entre réalité et marginalité, et l'insécurité liée à la stratégie des petits pas. *Andreas Auer* et *René Lévy* s'intéressent aux mouvements de quartier. Toutes les grandes villes suisses ont connu des mouvements de protestation contre la tertiarisation et la destruction des quartiers d'habitation. Ainsi au quartier des Grottes à Genève où les habitants ne se sont pas contentés de réagir aux projets des autorités mais ont cherché à participer activement à leur conception. Avec le problème des rapports entre des acteurs chevronnés du côté des autorités et des partis et des groupes inconnus, spontanés et imprévisibles. Tous les mouvements ne sont pas d'origine récente. Le mouvement pacifiste, par exemple, connaît un renouveau que *Ruedi Eppe* situe dans le contexte des cinquante ans d'histoire des organisations suisses pour la paix. Cet historique nous donne à réfléchir sur les raisons qui font que ces organisations vouées à un thème unique et souvent tabou ne parviennent pas à promouvoir une utopie unitaire mais au contraire éparpillent leurs forces. Alors qu'en Suisse alémanique les partis xénophobes se constituent en réaction à la haute conjoncture des années 60, le mouvement genevois de Vigilance est plus ancien. Selon *François Saint-Ouen* l'histoire de ces mouve-

ments révèle deux caractéristiques principales. Tout d'abord ce rassemblement sous l'étiquette de «Peuple et Patrie» est capable de canaliser un mécontentement ambiant en l'attribuant à des causes simples. Ensuite le succès de ce mouvement est de nature cyclique: en période d'expansion, il mobilise le mécontentement de certains groupes alors que son déclin suit régulièrement la prise en compte de ses revendications par les autorités. Ainsi les conditions d'un succès durable des mouvements nationaux-conservateurs ne sont pas réunies, alors même que leur capacité d'opposition subsiste.

Les deux dernières contributions traitent des rapports entre nouveaux mouvements et partis. Déjà *Hanspeter Kriesi* (*La politique suisse en mouvement*, 1985) et *Erich Gruner* (*Le citoyen et la «nouvelle» politique*, 1983) ont constaté que l'engagement dans les nouveaux mouvements et dans les partis politiques ne sont pas exclusifs. Au contraire, beaucoup de militants des mouvements sociaux sont également actifs dans les partis. *Urs Engeler* examine de plus près les unions personnelles entre partis traditionnels et «nouvelle» politique. Il observe qu'une grande partie des membres influents des nouveaux mouvements sont engagés dans les partis. Cette double stratégie a sans doute contribué à rendre les partis plus perméables à la pensée et aux revendications des nouveaux mouvements politiques, perçus sous certains aspects comme des concurrents. Mais au fait, les mouvements sociaux ont-ils vraiment modifié le paysage politique ou est-ce l'inverse qui est vrai? *Hanspeter Gschwend* examine cette question à propos du mouvement écologiste. Pour cet auteur, le bilan est clair: si les partis ont adopté un langage écologique, cette préoccupation ne domine pas leur action. Néanmoins il semble que cette conversion verbale soit suffisante à court terme pour empêcher une percée plus spectaculaire des Verts.

La dernière partie de l'Annuaire est consacrée au changement institutionnel. *Matthias Finger* et *Jean-Noël Rey* étudient le rapport entre changements de valeurs sociales et résultats électoraux du parti socialiste au plan fédéral et cantonal; les auteurs estiment que ces changements ont grandement influencé les succès et les échecs du PSS, d'où la nécessité pour ce dernier d'une nouvelle orientation à long terme. Reste à savoir si ces conclusions sont valables également pour d'autres partis gouvernementaux. En général on admet que les partis n'exercent pas une influence déterminante dans le cadre du processus de décision gouvernemental et parlementaire. La Suisse n'est pas un Etat dominé par les partis et ces derniers ne jouent pas les premiers rôles dans la démocratie référendaire; dans les négociations pré-parlementaires, ils ne peuvent se prévaloir du poids politique et des compétences techniques des organisations économiques et professionnelles. L'opinion publique n'entend parler qu'épisodiquement de l'influence des partis sur la politique gouvernementale, notamment à l'occasion des entretiens de *Wattenwyl*. *Peter Hablützel* examine ce qu'il en est de cette influence et tente d'élucider les conditions et l'évolution à long terme de ces rapports organisés mais informels.

Des partis, on attend tout: qu'ils se prononcent sur tous les problèmes économiques, sociaux et politiques et qu'ils influencent activement leurs solu-

tions dans l'intérêt de leurs électeurs. Peuvent-ils vraiment répondre à ces attentes multiples? *Hans Peter Hertig* cherche une réponse à cette question à propos du défi que constituent les nouvelles technologies. Cette contribution illustre particulièrement bien l'un des dilemmes auxquels sont confrontés les partis: puisque le développement de l'informatique ou d'autres technologies est susceptible de modifier fondamentalement la vie économique et sociale, la politique de la technologie devrait constituer une priorité pour tous les partis. Mais ces derniers sont peu armés pour traiter de tels problèmes: à eux seuls ils ne sont guère capables d'analyser à temps les conséquences sociales des innovations techniques.

Le volume se termine par deux perspectives, orientées l'une vers le passé, l'autre vers l'avenir. L'historien *Ulrich Jost* nous met en garde contre la tentation de surestimer l'importance des partis au XIXe siècle, une idéalisation qui peut nous conduire à mesurer les faiblesses actuelles des partis à l'aune d'une situation passée qui relève de l'image d'Epinal. Que peut-on attendre à l'avenir des partis et des nouveaux mouvements politiques? *Hanspeter Kriesi* met en valeur les expériences de cohabitation faites dans d'autres pays entre partis et nouveaux mouvements sociaux. Ce que le sociologue *Karl Deutsch*, cet observateur perspicace de la réalité helvétique, affirmait il y a une dizaine d'années, semble se confirmer: la Suisse se trouve dans une phase critique, hésitant entre l'immobilisme et l'innovation. Ce nouveau conflit qui voit s'affronter modernistes et conservateurs ne peut que donner de l'élan aux forces d'opposition et en partie aux nouveaux mouvements sociaux. Par contre les conflits traditionnels, qui ont alimenté les affrontements partisans depuis le XIXe siècle, s'estompent. Cette évolution, estime Kriesi, ne présage pourtant pas la disparition des partis: en Suisse précisément la possibilité existe d'intégrer de nouvelles forces ou de constituer de nouvelles alliances à l'intérieur du système partisan.

Je remercie tous ceux qui ont contribué à la réalisation de ce volume; en particulier *Gerold Schneider* qui s'est chargé de la bibliographie et Messieurs *Max Haupt* et *Kurt Thönnies* pour le soin qu'ils ont mis à la nouvelle présentation de l'Annuaire. Cette année encore la Société suisse des sciences humaines nous a apporté son soutien financier.

J'exprime également ma reconnaissance à *Gerhard Schmid*, qui m'a transmis la rédaction de l'annuaire, à *Roger Blum* et à *Hans Peter Hertig* pour leur collaboration au sein de la commission de rédaction; enfin aux auteurs des contributions qui, selon des points de vue différents, ont tenté de mettre en évidence les mutations des partis politiques et des mouvements sociaux.

Wolf Linder, rédacteur

